

Protokoll

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Innenstadt (27)

am Mittwoch, 31. Mai 2017
Ort: Rathaus, Ratssitzungssaal

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.45 Uhr

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Frau Bürgermeisterin Strangmann

von der Verwaltung: Herr Stadtrat Fillep, Vorstand Finanzen, Liegenschaften, Beteiligungen
Herr Bielefeld, Fachbereich Städtebau / Fachdienst Bauleitplanung

von der Stadtwerke
Osnabrück AG: Herr Hüls, Vorstandsvorsitzender

von der Polizei-
inspektion Osnabrück: Herr KHK Schmitz, Präventionsteam

Protokollführung: Frau Hoffmann, Referat Strategische Steuerung und Rat

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Wallanwohner erwarten städtische Fürsorgepflicht bei Verkehrsverlagerung
 - b) Verlagerung der B68 von der West- auf die Ostseite des Wallrings
 - c) Nutzung des Niedersachsen-Tickets im benachbarten Bundesland NRW
 - d) Bebauung in der Innenstadt: Aufstockung Grundstück Johannisstraße / brachliegendes Grundstück Möserstraße
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
 - a) Städtebaulicher Masterplan Innenstadt
 - b) Wettbewerb Schlossgarten
 - c) Allgemeine Mitteilungen der Verwaltung (Erhebung von Sondernutzungsgebühren bei Veranstaltungen)
 - d) Wohnungseinbrüche - Sind Sie in Ihrem Stadtteil noch sicher? (**zu Beginn der Sitzung**)
- 4 Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
 - a) Gebäude des Landgerichts am Neumarkt
 - b) Kreuzung Johannistorwall/Kommenderiestraße
 - c) Probleme mit Fixern
 - d) Bushaltestelle ‚Theater‘ stadtauswärts
 - e) Fritz-Wolf-Platz
 - f) Giftige Pflanzen in der Nähe von Kinderspielplätzen

Frau Strangmann begrüßt ca. 20 Bürgerinnen und Bürger sowie die weiteren anwesenden Ratsmitglieder - Herrn Bertels, Frau Hamburger dos Reis, Frau Schiller, Herrn Schlatermund - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

Im Sitzungsraum sind ausgelegt Informationsmaterial zum Tagesordnungspunkt 3d „Wohnungseinbrüche“ sowie die Flyer „Neues Leben zwischen alten Gräbern“ mit der Übersicht über Kulturveranstaltungen auf den historischen Friedhöfen in Osnabrück.

Der Tagesordnungspunkt 3d wird zu Beginn der Sitzung behandelt.

3 d) Wohnungseinbrüche - Sind Sie in ihrem Stadtteil noch sicher?

Herr Schmitz vom Präventionsteam der Kriminalinspektion Osnabrück informiert anhand einer Präsentation (siehe unten). Das Thema Wohnungseinbrüche sei bundesweit ein Schwerpunktthema in der Verbrechensbekämpfung. Hierzu wurde die ZEG WEG (Zentrale Ermittlungsgruppe Wohnungseinbruchdiebstahl) gegründet, die europaweit agiert, um insbesondere die überregional aktiven Tätergruppen zu ermitteln. In Osnabrück seien diese Tätergruppen aktiv, aber auch Täter, die aus Stadt und Landkreis stammen. Wie aus der u. a. Karte ersichtlich, gebe es im Stadtgebiet keinen Schwerpunkt für Einbrüche.

Bei der Ermittlung der Täter bzw. bei der Verhinderung von Einbruchsdiebstählen sei die Polizei auf die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Verdächtige Personen, Fahrzeuge oder Situationen, die man in der Nachbarschaft bemerke, sollten sofort gemeldet werden und zwar unter der Telefonnummer 110. Herr Schmitz betont, dass man sich nicht scheuen solle, diese Notrufnummer anzuwählen. Von dort aus würden die Einsätze der Polizeikräfte koordiniert. Die Informationen der Bürger würden auch benötigt, um Täterprofile zu erstellen.

Frau Hamburger dos Reis fragt, ob ein Hund ein guter Schutz vor Einbrechern sei.

Herr Schmitz berichtet, dass dies eine aktuelle Studie bestätigt habe.

Frau Unland fragt, ob zusätzliches Personal bei der Polizei sinnvoll wäre.

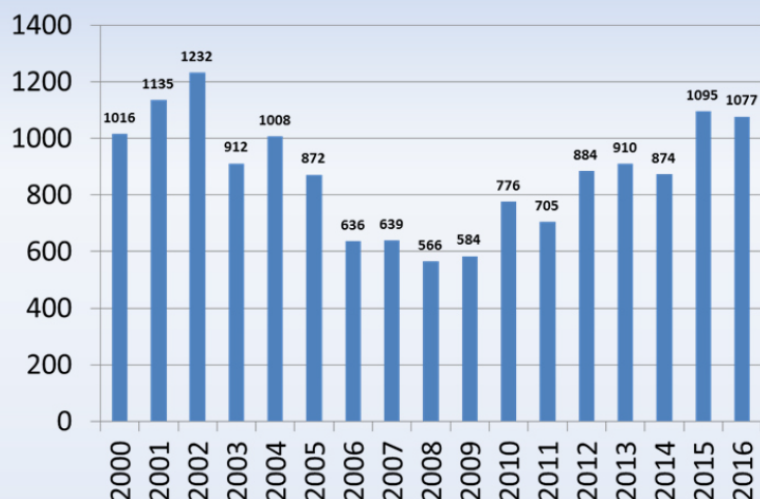
Herr Schmitz erläutert, dass zusätzliche Polizeistreifen zwar ein subjektives Sicherheitsgefühl bedeuten, die Einbrüche an sich aber damit nicht verhindert würden. Bei der Sicherung der Gebäude und Wohnungen seien auch die Grundstücksbesitzer gefragt und sollten sich entsprechend informieren. Am Samstag, 28./Sonntag, 29. Oktober 2017 findet in Osnabrück erstmalig eine „Einbruchsschutzmesse“ statt.

Frau Strangmann dankt für die Informationen und die Hinweise.



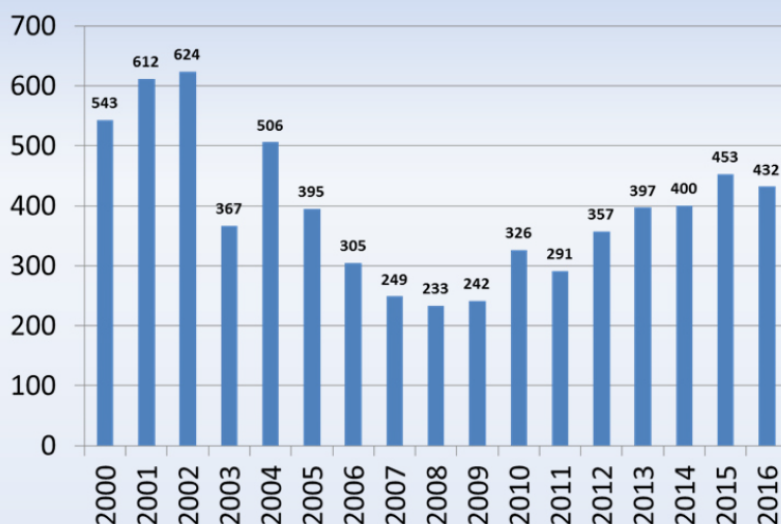
Polizeiinspektion Osnabrück Wohnungseinbruchdiebstahl

(anhand Pol. Kriminalstatistik - PKS)



Stadt Osnabrück Wohnungseinbruchdiebstahl

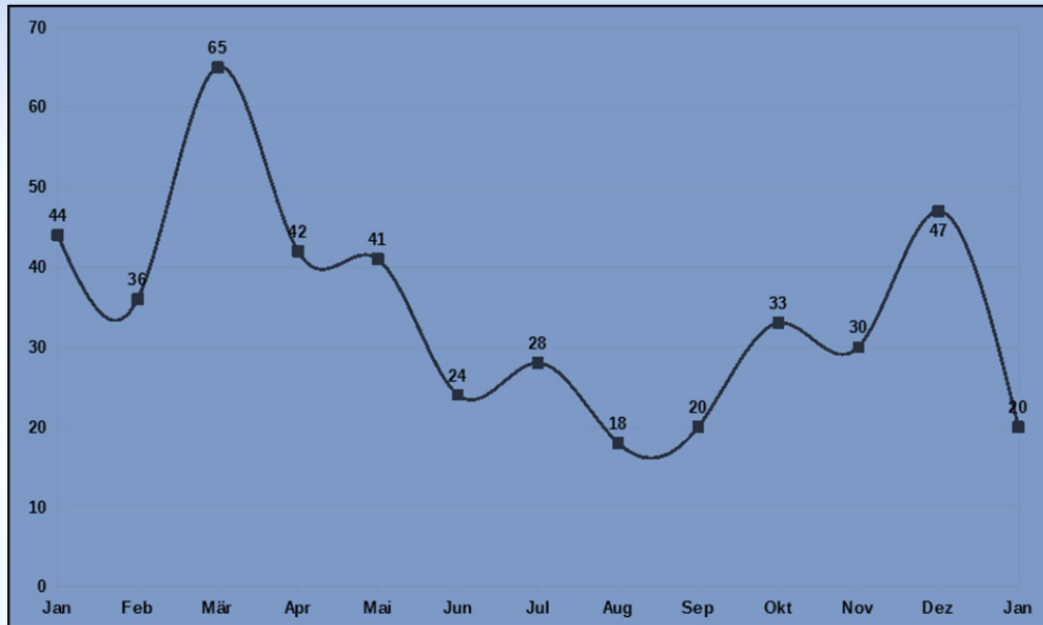
(anhand Pol. Kriminalstatistik (PKS))





POLIZEIDIREKTION
OSNABRÜCK

Stadt Osnabrück Wohnungseinbruchdiebstahl 2016

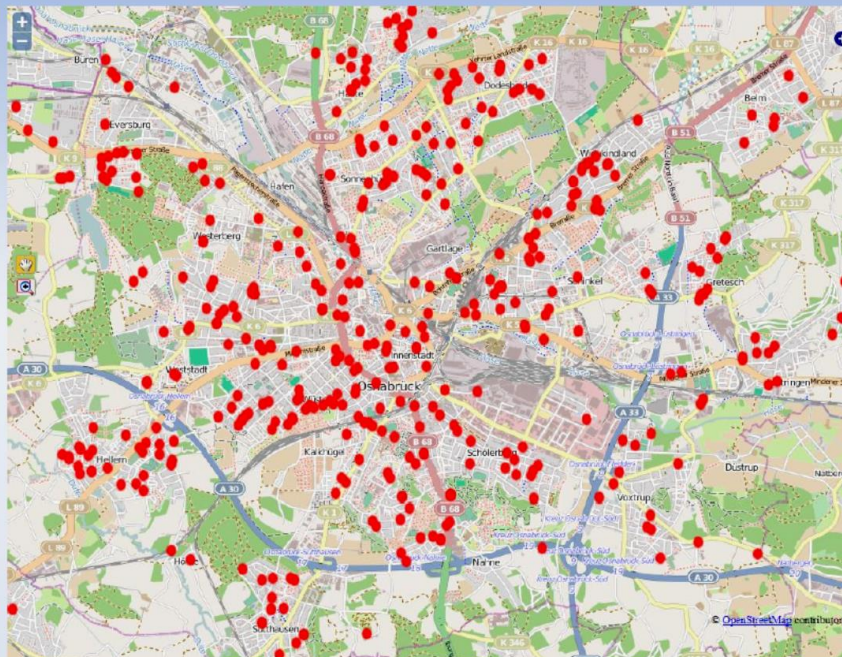


Polizeiinspektion Osnabrück, Präventionsteam

www.aktion-sicher-wohnen.de



POLIZEIDIREKTION
OSNABRÜCK



Polizeiinspektion Osnabrück, Präventionsteam

www.aktion-sicher-wohnen.de



Stadtteil Innenstadt Wohnungseinbruchdiebstahl

- 2016:
28 Taten, davon 11 Versuche
- Gesamtanteil bezogen auf das Stadtgebiet: 6,5 %
- Vergleich:
Bevölkerungsanteil: 5,7 %



Wer sind die Tatverdächtigen?

In den aufgeklärten Fällen waren etwa ...

89 % Heranwachsende / Erwachsene

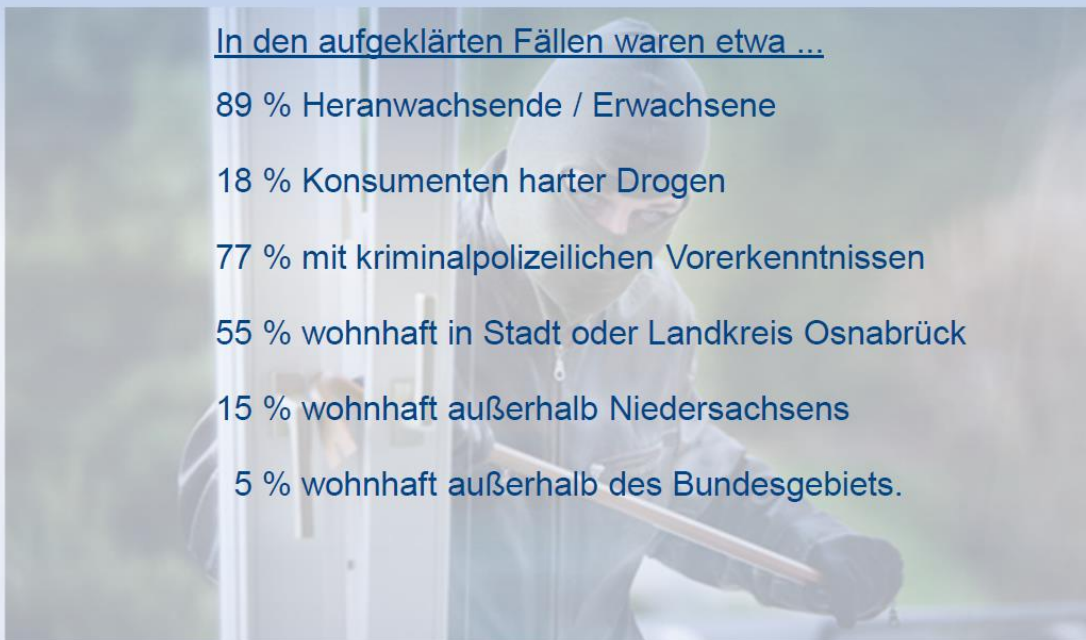
18 % Konsumenten harter Drogen

77 % mit kriminalpolizeilichen Vorerkenntnissen

55 % wohnhaft in Stadt oder Landkreis Osnabrück

15 % wohnhaft außerhalb Niedersachsens

5 % wohnhaft außerhalb des Bundesgebiets.





Ganzheitliche Bekämpfung durch polizeiliche Maßnahmen

a) Präventionsarbeit

- sicherheitstechnische Gruppen- und Einzelberatung
- Vortragsveranstaltungen
- Messen
- Handwerkerfortbildungen

b) Kontrolldruck

- Streifendienst / mobile Kontrollen (auch zivil)
- brennpunktorientierte Sonderdienste
- Projekt WED mit Bereitschaftspolizei Osnabrück

c) Ermittlungen

- allgemeine und täterorientierte Ermittlungen
- Analyse- und Auswertung
- Einrichtung der ZEG WED durch die PD Osnabrück





Erreichbarkeiten:

Einsatz- und Streifendienst II (Wache Kollegienwall):
Tel.: 0541/327-2115

Notruf: 110



Informationen Einbruchschutz:

www.aktion-sicher-wohnen.de

2. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Frau Strangmann verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 23. November 2016 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

a) Zu **TOP 1a „Hasestraße - Missachtung Tempo-30-Gebot“** kritisiert eine Bürgerin, dass man das Rasen nicht verhindern könne, wenn die Kfz-Fahrer wüssten, dass dort keine Geschwindigkeitsüberwachung durchgeführt werde. Vor kurzem habe sie beobachtet, dass ein Kfz aus Richtung Lortzingstraße beim Abbiegen in das Schild auf der Mittelinsel gefahren sei.

Frau Strangmann empfiehlt in solchen Fällen, das Kfz-Kennzeichen zu notieren.

b) Zu **TOP 1b „Überquerungshilfe Haseuferweg in Höhe Schlagvorder Straße“** erläutert der Antragsteller aus der vorigen Sitzung, Herr Schlatermund, dass es sich dort um eine schwierige Verkehrssituation handele. Immer wieder würden Passanten beobachtet, die an dieser Stelle vor oder hinter den wartenden Bussen die Straße überqueren und damit Gefahr liefen, vom Gegenverkehr nicht gesehen zu werden.

Herr Bertels erinnert daran, dass aufgrund der Konstruktion und der Sicherheit auf der Brücke die Bordsteine an den Enden des Haseuferweges hoch seien. Er schlägt vor, dort z. B. mit gelb-schwarzen Streifen eine Markierung am Rand des Bordsteins aufzubringen, um die Aufmerksamkeit der dort querenden Fußgänger und Radfahrer zu erhöhen.

Ein Bürger meldet sich zu Wort. Seiner Ansicht nach sei die Situation eindeutig. Wenn man eine Straße überqueren wolle, müsse man immer die gebotene Vorsicht walten lassen.

c) Zu den Tagesordnungspunkten **4a „Einlasskarten für die Ratssitzungen“** und **4b „Internetseite der Osnabrücker Bürgerforen“** der letzten Sitzung wird vom Antragsteller, Herrn Wilkening, nach dem aktuellen Sachstand gefragt.

Zu TOP 4a berichtet Herr Fillep, dass dieses Thema in der gestrigen Ratssitzung angesprochen wurde und geprüft werde, ob eine online-Vergabe von Eintrittskarten für die Ratssitzungen installiert werden könne.

Zu TOP 4b erläutert die Protokollführerin, dass auf den Internetseiten der Stadt Osnabrück kein Hinweis mehr auf bereits durchgeführte Veranstaltungen erfolge und daher die Tagesordnung des Bürgerforums nach der Sitzung automatisch gelöscht werde. Die Tagesordnungspunkte können erst dann nachgelesen werden, wenn das Protokoll der Sitzung veröffentlicht wird.

Herr Bertels schlägt vor, die Sitzungen der Osnabrücker Bürgerforen in das Rats-/Bürgerinformationssystem der Stadt Osnabrück zu integrieren. Dann könne man alle früheren Tagesordnungen jederzeit einsehen.

Frau Strangmann unterstützt diesen Vorschlag.

Ein Bürger berichtet, dass im Schaukasten im Durchgang neben dem Rathaus zurzeit keine Sitzungsunterlagen ausgehängt seien.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll: Die Tagesordnung für das Bürgerforum Innenstadt wurde irrtümlich nicht ausgehängt. Fachausschusssitzungen gab es in dieser Woche nicht.

Frau Strangmann berichtet, dass im Rathaus eine interaktive Infotafel sinnvoll wäre, mit der zu Veranstaltungen, insbesondere Rats- und Fachausschusssitzungen, die im Rathaus und im Stadthaus usw. stattfinden, informiert werde.

Eine Bürgerin regt an, die Termine der Bürgerforen in der NOZ unter den täglichen Ankündigungen der Veranstaltungen zu veröffentlichen.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll: Alle Termine der Osnabrücker Bürgerforen werden am Sitzungstag in der NOZ veröffentlicht in der Rubrik „Termine“ unter „Politik“.

3. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Wallanwohner erwarten städtische Fürsorgepflicht bei Verkehrsverlagerung

Die Bürgerinitiative „Leben am Wall“, vertreten durch die Sprecherin Frau Unland, führt aus, dass durch eine Verkehrsverlagerung vom Neumarkt auf den Wall den Anwohnern grob fahrlässig weitere gesundheitliche Schädigungen zugefügt werden und dem Rechtsanspruch auf saubere Luft keine Rechnung getragen wird. Solange keine Entlastungsstraße West und kein Lückenschluss A33 umgesetzt werden, muss der Verkehr weiterhin über den Neumarkt rollen.

Herr Bielefeld trägt die *Stellungnahme der Verwaltung* vor: Der Staat erbringt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eine Vielzahl von Leistungen. Neben der klassischen Staatsaufgabe des Schutzes vor und Abwehr von Gefahren zählt auch die Daseinsvorsorge und die Fürsorgepflicht zu den Leistungen, welche die staatliche Verwaltung erbringt.

Das Prinzip des Leistungsstaates ist in der Verfassung der Bundesrepublik normiert. Durch das in Artikel 20 Abs. 1 Grundgesetz (GG) festgeschriebene Sozialstaatsprinzip ist der Staat verpflichtet, Leistungen gegenüber dem Einzelnen zu erbringen. Dabei hat er u. a. eine Gesundheitsvorsorge bereitzustellen (er muss dies allerdings nicht immer kostenlos tun, sondern kann zumutbare Gegenleistungen in Geld verlangen).

Die Verwaltung hat deshalb im Rahmen der Diskussion um die Sperrung des Neumarkts für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) mehrfach auf die damit zusammenhängenden Risiken für die Wallanwohner hingewiesen und die Notwendigkeit weitergehender Untersuchungen (u. a. Fortschreibung des Luftreinhalteplans) und Maßnahmen dargelegt.

Dem Rat als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger steht es allerdings grundsätzlich frei, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 GG) über die Nutzung des Gemeindegrundes im Rahmen der gesetzlichen Beschränkungen frei zu disponieren, bestimmte Nutzungsarten zu fördern oder auszuschließen und so aktiv zu einer Strukturentwicklung auf dem Gebiet der Gemeinde beizutragen.

In der gestrigen Ratssitzung wurde mehrheitlich beschlossen, für den Neumarkt eine Teileinziehung umzusetzen.¹

Frau Unland ist unzufrieden mit der Stellungnahme. Lärmschutzfenster würden nur den Straßenlärm abhalten. Ihr sei es wichtig, dass man sich auf der Straße aufhalten oder unterwegs sein könne, auch als Radfahrer, ohne den negativen Auswirkungen der Luftbelastung ausgesetzt zu sein. Die Wohnhäuser am Wall gebe es seit langer Zeit, das Verkehrsaufkommen sei im Laufe der Jahre immer weiter angestiegen und eine weitere Zunahme werde prognostiziert. Dennoch wurde nichts unternommen, die damit verbundenen Belastungen für

¹ siehe Ratssitzung am 30.05.2017; die Sitzungsunterlagen sind einsehbar im Ratsinformationssystem der Stadt Osnabrück unter www.osnabrueck.de/ris

die Wallanwohner zu reduzieren. Die Ampelschaltungen bevorzugten den motorisierten Verkehr, Passanten hätten nur kurze Grünphasen und müssten manchmal mehrere Umläufe abwarten. Am Neumarkt gebe es dagegen gar keine Wohnhäuser. Der Johannistorwall weise die höchsten Schadstoffwerte im Stadtgebiet auf. Sterbefälle würden in Zusammenhang gebracht mit Überschreitungen der Stickoxid-Grenzwerte.

Frau Strangmann führt aus, dass die Zunahme des Verkehrs in den Städten ein gesamtgesellschaftliches Problem sei und zur Verringerung Strategien erforderlich seien, wie z. B. intelligente Verkehrskonzepte und die Förderung der Elektromobilität.

Ein Bürger fragt nach der Bürgerbeteiligung zum Neumarkt.

Frau Strangmann weist darauf hin, dass während der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Teileinzuhung der Straße Neumarkt und Teilbereich Neuer Graben 18 Einwendungen eingereicht wurden.²

Ein Bürger bestätigt, dass die angespannte Verkehrssituation in allen Städten beobachtet werden könne. Er regt an, dass Ortsbegehungen der Ratsmitglieder zusammen mit Anwohnern durchgeführt würden. Gerade die Anwohner wüssten genau, wo die kritischen Stellen seien.

Herr Grüner unterstützt die Aussagen von Frau Unland. Er kündigt an, dass gegen den gestrigen Ratsbeschluss Klage eingereicht werde.

Frau Hamburger dos Reis spricht das Bürgergutachten zum Neumarkt aus dem Jahr 2001 an. Damals wurden nach dem Zufallsprinzip Osnabrücker Bürger zur Teilnahme eingeladen. Die damalige Situation entspreche aber nicht mehr der des Jahres 2017. Die Verkehrssituation wie auch die Luftbelastung in der Innenstadt seien problematisch. Es sei erforderlich, das Verkehrsaufkommen zu verringern, wenngleich dies in der Umsetzung schwierig sein werde. Dazu gehöre auch, den Umstieg auf Rad und ÖPNV zu fördern.

Frau Unland bestätigt, dass das Verkehrsaufkommen 2001 nicht mehr mit den heutigen Gegebenheiten vergleichbar sei. Die Initiative „Leben am Wall“ setze sich bereits seit 20 Jahren für eine Entlastung der Wallanwohner ein. Es müsse mehr Straßen geben, die den Verkehr aus der Innenstadt abfließen lassen bzw. müssten Straßen wieder für den Durchfahrverkehr geöffnet werden.

Eine Bürgerin berichtet, dass viele Personen aus beruflichen Gründen auf ein Kfz angewiesen seien, z. B. die Pflegedienste u. ä. Einrichtungen. Sie habe Interesse, im Rahmen einer Bürgerbeteiligung mitzuarbeiten.

Frau Hamburger dos Reis erläutert, dass für das Bürgergutachten 2001 nach dem Zufallsprinzip insgesamt 1.500 Osnabrücker Einwohner zur Mitarbeit eingeladen wurden.

Ein Bürger spricht sich dafür aus, die Vertreter der Fraktionen zu Ortsterminen einzuladen.

Frau Unland teilt mit, dass dies bereits gemacht wurde.

Frau Möller erinnert daran, dass im Bürgerforum vorgeschlagen wurde, eine Probephase für eine Neumarkt-Sperrung durchzuführen.

² siehe Ratssitzung am 30.05.2017, TOP Ö 9.6; die Sitzungsunterlagen sind einsehbar im Ratsinformationssystem der Stadt Osnabrück unter www.osnabrueck.de/ris

Frau Strangmann berichtet, dass der Neumarkt während Bauarbeiten im letzten Jahr bereits mehrere Monate für den Durchfahrverkehr gesperrt war und diese Zeit als Testphase betrachtet wurde.

Herr Schlatermund bekräftigt, dass die Bürgerinnen und Bürger alle Fraktionen des Rates mit ihren Anregungen zum Neumarkt ansprechen könnten. Dass es bei einem solchen Thema unterschiedliche Meinungen gebe, sei nicht ungewöhnlich.

2 b) Verlagerung der B68 von der West- auf die Ostseite des Wallrings

Herr Meinert spricht die lt. Pressemitteilung vom 21. April 2017 geplante Verlegung an und nennt mehrere Argumente, die dagegen sprechen.

Herr Fillep trägt folgende *Stellungnahme* vor: Innerhalb der Verwaltung wird die Verlegung der B-68 im Stadtgebiet derzeit geprüft. Diesbezügliche Ergebnisse liegen noch nicht vor. Man befinde sich noch am Anfang des Verfahrens. Einen Zeitplan gibt es noch nicht. Zu gegebener Zeit wird in der Sache eine Vorlage für die Ratsgremien erstellt. Letztendlich entscheidet die oberste Landesstraßenbaubehörde über Widmung, Einziehung und Umstufung von Bundesstraßen. Das formale Verfahren ist gesetzlich geregelt.

Herr Fillep betont, dass innerhalb der Verwaltung noch keine Abstimmung erfolgt sei und über einen Antrag der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt entscheiden müsse.

Der Antragsteller kritisiert, dass durch das Interview in der Presse der Eindruck erweckt wurde, die Verlegung werde nun durchgeführt.

Ein weiterer Bürger ergänzt, dass man sich schon jetzt zu Wort melde, da befürchtet werde, dass man ansonsten vor vollendete Tatsachen gestellt werde.

Frau Strangmann betont nochmals, dass es sich bisher nur um Überlegungen handle und die Ratsgremien noch zu beteiligen seien.

2 c) Nutzung des Niedersachsen-Tickets im benachbarten Bundesland NRW

Herr Schäfer fragt, warum das Ticket ab Osnabrück bei einer Fahrt nach Münster nicht gültig ist, für eine Fahrt nach Rheine und von dort weiter nach Münster aber genutzt werden kann. Das NRW-Ticket für eine Fahrt nach Münster gelte bereits ab Osnabrück.

Herr Hüls erläutert die u. a. Stellungnahme. Nur durch eine besondere Vereinbarung gebe es für die Haltepunkte Rheine und Münster diese Sonderregelung für die Nutzung des Niedersachsen-Tickets.

Stellungnahme der Stadtwerke Osnabrück AG / PlaNOS: Das Niedersachsenticket gehört zum Niedersachsentarif und für diesen ist die Niedersachsentarif GmbH (NITAG), eine Gesellschaft des Landes Niedersachsen, zuständig. Die NITAG legt die Bestimmungen und die Bedingungen fest und trifft ggf. Vereinbarungen mit anderen Verkehrsgebieten bzw. -verbünden.

In den Beförderungsbedingungen des Niedersachsentarifes (Teil III Punkt 5.1.3) heißt es:

Für Fahrten außerhalb Niedersachsens und für Fahrten, die ausschließlich innerhalb von Verkehrs-/ Tarifverbünden und Verkehrsgemeinschaften durchgeführt werden, gilt ein Niedersachsen-Ticket nur dann, wenn dies in einer besonderen Vereinbarung mit dem betreffenden Verkehrs- / Tarifverbund oder der Verkehrsgemeinschaft geregelt wurde.

Eine solche besondere Regelung gibt es jedoch nicht für die Verbindung Osnabrück - Münster. Es besteht nur die folgende Regelung: Die Grenzen für das Niedersachsenticket sind jeweils die ersten oder letzten Haltepunkte in Niedersachsen bzw. NRW. Rheine ist ein solcher Endpunkt. Zudem war die Strecke Osnabrück – Rheine – Bad Bentheim bzw. weiter

Richtung Meppen auch schon zuvor als sogenannte Transitstrecke freigegeben worden, damit die Verbindung zwischen der Grafschaft und weiteren Teilen Niedersachsens tariflich möglich wurde.

Da es eine Direktverbindung von der Nordseeküste (Norddeich Mole) bis nach Münster gibt, hat man die Gültigkeit in diesem Fall bis nach Münster erweitert. Nur aus diesem Grund ist es für die Fahrgäste möglich, mit dem Niedersachsenticket von Osnabrück aus über Rheine nach Münster zu fahren. Auf dem „direkten“ Weg von Osnabrück nach Münster ist aber Natrup-Hagen der Endpunkt für die Gültigkeit der Niedersachsentickets.

Der Vollständigkeit halber sei genannt, dass es alternativ für den „direkten“ Weg das SchönerTagTicket NRW Single für 30,- EUR oder das SchönerTagTicket NRW 5 Personen für Familien und Gruppen für 44,- EUR zu erwerben gibt.

2 d) Bebauung in der Innenstadt: Aufstockung Grundstück Johannisstraße / brachliegendes Grundstück Möserstraße

Herr Schäfer erkundigt sich nach den weiteren Planungen für zwei „Baulücken“.

Herr Bielefeld teilt mit, dass Gebäudeaufstockungen ein wichtiger Bestandteil der angestrebten Innenentwicklung der Stadt sind. Sie sind möglich, soweit sie mit dem öffentlichen Bau-recht vereinbar sind. Insbesondere sind bauordnungsrechtliche Abstandsvorschriften und – soweit vorhanden - Bebauungsplanfestsetzungen einzuhalten.

Die Grundstücke Johannisstraße 56 und 57 liegen im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplans Nr. 58 – Parkhaus Kollegienwall –. Der Bebauungsplan lässt grundsätzlich die Errichtung von vier Vollgeschossen zu. Für die Grundstücke liegen der Stadt aktuell allerdings keine Bauanträge vor.

Das Gebäude Möserstraße 32 A wurde vor längerer Zeit abgerissen. Ein erster Bauantrag aus dem Jahr 2015 für eine Neubebauung des Grundstücks wurde kürzlich zurückgezogen. Gleichzeitig wurde am 19.05.2017 ein neuer Bauantrag für die Errichtung von zwei Mehrfamilienwohnhäusern mit einer Tiefgarage bei der Stadt eingereicht. Eine abschließende bau-rechtliche Prüfung steht noch aus.

Ein Bürger spricht den Neubau der Seniorenwohnanlage am Johannistorwall neben dem Gebäude der Kunstschule an. Das Bauwerk reiche tief in das Grundstück hinein, so dass die Nachbargrundstücke eine Beschattung befürchten müssten.

Herr Bielefeld berichtet, dass dieses Vorhaben ausführlich in der Verwaltung diskutiert wurde, bevor die Baugenehmigung erteilt wurde. Eine vertikale Verdichtung werde grundsätzlich befürwortet. Das Umfeld sei hinsichtlich der Bauwerke heterogen, so dass die Planung für das neue Gebäude akzeptiert wurde. Die Nachbarn wurden zum Bauvorhaben angehört. Die bauordnungsrechtlichen Abstände wurden eingehalten. Auch das Gebäude, das von der Kunstschule genutzt werde, habe eine gewisse Tiefe.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

3 a) Städtebaulicher Masterplan Innenstadt

Herr Bielefeld erläutert anhand eines Luftbildes und einer Skizze mit dem Planbereich und dem Betrachtungsraum die u. a. *Stellungnahme der Verwaltung*.

Zielsetzung des Masterplans Innenstadt ist die Erarbeitung eines städtebaulichen und stadt-gestalterischen Grundkonzeptes für die Entwicklung der Osnabrücker Innenstadt. Veränderte Ansprüche an die Innenstadt, aktuelle Entwicklungen aber auch unterschiedliche Wahrnehmungen bezüglich der Innenstadt, seiner Funktion und seiner Erreichbarkeit, machen es

notwendig, den Kernbereich als auch seine Verknüpfungsräume insgesamt neu zu betrachten.

Wichtige Bausteine für die Ausarbeitung eines Masterplans für die Innenstadt sind die Themen Erreichbarkeit, Wohnen, Urbanes Erleben / Gestaltqualität / Öffentlicher Raum und die Zukunft des Handels. Hierauf soll in der Ausarbeitung ein besonderer Fokus gelegt werden.

Der Prozess ist in vier Phasen gegliedert. Zunächst erfolgt in der ersten Phase die zielgerichtete Erfassung und Analyse der Bestandssituation. Dabei werden Stärken, Schwächen und Potentiale in der Innenstadt erfasst. Aufbauend auf die vorangegangenen Analysen werden in der zweiten Phase Leitlinien und Eckpunkte formuliert, aus denen sich Verknüpfungsräume zur Innenstadt sowie Vertiefungsbereiche des Masterplans ableiten lassen. In der dritten Phase werden für strategisch wichtige Entwicklungsschwerpunkte konkrete Maßnahmenkonzepte in Form von städtebaulichen Testentwürfen (M 1:500; ausgewählte Details 1:200) erarbeitet, von deren Umsetzung erhebliche Impulse für die Entwicklung der Osnabrücker Innenstadt erwartet werden. Diese Teilentwürfe werden in der vierten Phase zu einem räumlichen Gesamtkonzept zusammengeführt. Zusätzlich wird ein Umsetzungskonzept ausgearbeitet, welches Aussagen zu Umsetzungsstrategien, Kosten und Realisierungszeitpunkten trifft.

Die Öffentlichkeit wird stark in die Erarbeitung des Masterplans einbezogen. In der ersten Planungsphase wird ein 1. Forum Bürgerbeteiligung stattfinden, in welchem die Osnabrücker Bürger eingeladen werden, die Analyse der Stärken, Schwächen und Potentiale zu diskutieren. Die in der dritten Planungsphase ausgearbeiteten Maßnahmen werden schließlich im 2. Forum Bürgerbeteiligung präsentiert und zur Diskussion gestellt.

Im Ergebnis wird ein programmatischer Handlungsrahmen für die städtebauliche Entwicklung der Osnabrücker Innenstadt für die nächsten 15 bis 20 Jahre vorliegen. Die Ergebnisse der Analyse in der Bearbeitungsphase 1 sollen dabei den weiteren innenstadtrelevanten Disziplinen wie dem Einzelhandel als weiterer Handlungs- und Entwicklungsimpuls für die Innenstadt dienen.

Eine Bürgerin plädiert dafür, dass bei der Begehung auch Wege zu Fuß und mit dem ÖPNV zurückgelegt werden. Dies sei auch ein Anliegen des Behindertenforums, da sich daraus oft eine andere Sichtweise ergebe.

Herr Bielefeld bestätigt, dass die Mitarbeiter der Planungsbüros so vorgehen.

Auf einen Hinweis zu der vor kurzer Zeit durchgeführten Neugestaltung des Rosenplatzes erläutert Herr Bielefeld, dass die Entwicklung der Innenstadt in ihrer Gesamtheit betrachtet werden solle und als erster Schritt die Bestandssituation erfasst und analysiert werden soll.

Ein Bürger regt an, die Bürgerbeteiligung an das Verfahren im Rahmen der Konversion anzulehnen.

Eine Bürgerin hält auch das Thema Architektur für bedeutsam. Als negatives Beispiel nennt sie die Rückseite des Neubaus eines Geschäftshauses in der Großen Straße, dessen Rückseite in Richtung Kamp komplett schwarz sei.

Ein Bürger begrüßt den Masterplan. Das Thema Verkehr dominiere die Innenstadt, aber es gebe noch viele andere interessante Themen.

Diese Aussage wird von Frau Strangmann bekräftigt.

3 b) Wettbewerb Schlossgarten

Herr Bielefeld erläutert anhand eines Luftbildes die u. a. *Stellungnahme der Verwaltung*.

Der Schlossgarten ist aufgrund seiner Lage, Größe, Funktion und historischen Bedeutung der wichtigste innerstädtische Freiraum der Stadt Osnabrück. Somit besteht das dringende Erfordernis eines freiraumplanerischen Gesamtkonzeptes. Dies begründet sich in erster Linie durch den nicht mehr zeitgemäßen und veralteten Zustand der gesamten Anlage. Vorhandene Defizite wurden zum Teil notdürftig wieder instandgesetzt. Für alle notwendigen Maßnahmen fehlt der Bezug zu einem einheitlichen Gestaltungskonzept mit Einbindung in das innerstädtische Freiraumsystem. Aus diesem Grund wird ein freiraumplanerischer Ideenwettbewerb durchgeführt, der neben dem Schlossgarten auch die Baumallee, die Freiflächen der OsnabrückHalle, den Schlossinnenhof und den Bereich zwischen Erweiterungsgebäude und Mensa einbezieht.

Ziel des Wettbewerbs ist es, die städtebauliche Einbindung des Schlossgartens, sowohl gestalterisch als auch funktional, in den Gesamtkontext der Innenstadt zu intensivieren. Dazu ist auch die Betrachtung und Optimierung wichtiger Wegebeziehungen, Sichtachsen und Eingangsbereiche notwendig. Dies soll unter anderem zu einer Verbesserung der Wahrnehmung des Schlossgartens durch die Osnabrücker Bevölkerung und Gäste der Stadt führen.

Das Wettbewerbsverfahren zum freiraumgestalterischen Ideenwettbewerb soll grundsätzlich vor der Sommerpause abgeschlossen sein. Bis zum 06.06.2017 soll die Abgabe der Wettbewerbsbeiträge erfolgen. Die Sitzung des Preisgerichts wird am 22.06.2017 stattfinden.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden in einer Ausstellung für die Öffentlichkeit aufbereitet.

Herr Möller fragt, ob der Themenbereich „Sauberkeit/Reinigung/Sicherheit und Ordnung“ mit einbezogen werde. Es gebe leider immer wieder Probleme mit Müllablagerungen, über die regelmäßig in der Presse berichtet werde.

Herr Bielefeld teilt mit, dass hierzu bereits im Vorfeld mit dem Osnabrücker ServiceBetrieb gesprochen wurde.

Eine Bürgerin berichtet, dass sie abends im Dunkeln nicht gerne durch den Schlossgarten gehe.

Frau Strangmann weist darauf hin, dass die Neustrukturierung des Ordnungsaußendienstes zurzeit in den politischen Gremien beraten werde.

Eine Bürgerin fragt, ob die Universität Osnabrück mit in die Planung einbezogen werde.

Dies wird von Herrn Bielefeld bestätigt. Ein Vertreter der Universität sei im Preisgericht vertreten. Die OsnabrückHalle werde ebenfalls in die Planung mit einbezogen.

Eine Bürgerin regt an, auch das Ratsgymnasium mit einzubeziehen. Viele Schüler nutzten die Mensa im Schlossgarten.

Herr Bielefeld erläutert, dass im Rahmen der Bürgerbeteiligung jeder Interessierte seine Anregungen mitteilen könne. Auch das Thema Sicherheit sei Teil der Stadtplanung. So achte man darauf, dass keine „dunklen Ecken“ entstünden.

Herr Grüner fragt, warum nicht die Mitarbeiter der Verwaltung, ggf. in Zusammenarbeit mit der Universität, eine Planung ausarbeiten könnten, anstatt für ein Wettbewerbsverfahren einen Betrag von 80.000 Euro bereitzustellen.

Herr Bielefeld verweist auf den Ratsbeschluss³. Mit Wettbewerben, wie sie auch im Rahmen der Konversion durchgeführt wurden, habe man gute Erfahrungen gemacht.

Auf eine Nachfrage, ob der Ledenhof mit einbezogen werde, erläutert Herr Bielefeld, dass auch das Umfeld mit betrachtet werde. Die Aufwertung des Ledenhofs sei ein Teil des Masterplans Innenstadt (siehe TOP 3a). Die Brunnenanlagen seien schon vor vielen Jahren außer Betrieb genommen worden.

Herr Meinert führt aus, dass die öffentlichen Brunnenanlagen und Wasserspiele sehr reparaturanfällig seien.

Herr Bielefeld erläutert, dass Wasser elementar für den Menschen sei. Wasser im Stadtbild sei immer ein Anziehungspunkt. In Osnabrück habe es mehrere Maßnahmen zur Öffnung der Hase gegeben. Auf dem Neumarkt soll ein Wasserspiel installiert werden.

Ein Bürger hält Wasser für zu kostbar, um es mit der Anlage von einem Wasserspiel zu verschwenden. Weiterhin spricht er die Urheberrechte der Planer an, die einen Umbau des Ledenhofs bzw. des Bahnhofsbrunnens nicht ohne weiteres möglich machen. Für Bürger sei eine solche Situation des Stillstands frustrierend. Bei zukünftigen Vertragsgestaltungen sollte unbedingt auf günstigere Regelungen für den Auftraggeber, also die Stadtverwaltung, geachtet werden.

Ein Bürger begrüßt die Planung für das Wasserspiel am Neumarkt. Die Wartung solcher Anlagen sei allerdings kostenaufwändig, dies müsse in die Entscheidung mit einbezogen werden.

3 c) Allgemeine Mitteilungen der Verwaltung

Folgende Mitteilung wird zu Protokoll gegeben:

Erhebung von Sondernutzungsgebühren bei Veranstaltungen

Der Rat der Stadt Osnabrück hat in seiner Sitzung am 14.03.2017 beschlossen, dass die Sondernutzungssatzung und die Sondernutzungsgebührenordnung so geändert werden soll, dass zukünftig keine Sondernutzungsgebühren mehr erhoben werden, wenn eine Veranstaltung **ehrenamtlich organisiert** wird. Das trifft vorwiegend bei Straßen- und Nachbarschaftsfesten zu. Die Satzung wurde am 31.03. im Amtsblatt veröffentlicht und ist am 01.04. in Kraft getreten.

3 d) Wohnungseinbrüche - Sind Sie in ihrem Stadtteil noch sicher?

siehe Seite 2 des Protokolls

Herr Meinert bedankt sich bei Herrn Bielefeld und Herrn Hüls für die Informationen im heutigen Bürgerforum.

Frau Strangmann dankt den Besuchern für die rege Teilnahme an den Diskussionen.

³ siehe Ratsbeschluss vom 30.08.2016, TOP Ö 6.5 „Freiraumplanerischer Wettbewerb Schlossgarten Osnabrück - Grundsatzbeschluss“; die Protokolle der Osnabrücker Bürgerforen sind veröffentlicht unter www.osnabrueck.de/buergerforen

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Gebäude des Landgerichts am Neumarkt

Ein Bürger spricht das Gebäude des Landgerichts am Neumarkt an. Im oberen linken Gebäudeteil gibt es zugemauerte Fenster. Er fragt nach der Ursache bzw. ob die Verwaltung das Land ansprechen könne hinsichtlich einer Öffnung.

Herr Bielefeld berichtet, dass sich im Rahmen der Bearbeitung des Bebauungsplans Nr. 525 - Neumarkt - die Denkmalpflege der Stadtverwaltung intensiv mit dem Gebäude befasst habe und zur Historie informieren könne.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll: Die drei Blindfenster im oberen linken Gebäudeteil stellen ein Gestaltungselement der Fassade dar und entstammen noch der Erbauungszeit. Im rechten Gebäudeteil waren diese Gestaltungselemente ursprünglich ebenfalls geschlossen, sind aber vermutlich nach dem zweiten Weltkrieg geöffnet worden.

Denkmalpflegerisches Ziel ist es, die Fenster als Blindfenster zu erhalten, da sie wesentliche Elemente der Fassadengestaltung darstellen. Welche konkrete Nutzung sich hinter den angesprochenen Bereichen befindet, ist der Verwaltung nicht bekannt, da das Gebäude im Eigentum des Landes ist und denkmalrechtlich nicht von der städtischen Denkmalpflege betreut wird.

4 b) Kreuzung Johannistorwall/Kommenderiestraße

Frau Unland fragt nach der endgültigen Herrichtung des Kreuzungsbereiches, der zurzeit noch ein Provisorium sei.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll: Hinsichtlich der Fahrspuren und der Signaltechnik ist in dem Knotenpunkt der endgültige Zustand bereits hergestellt worden. Es wird aber noch Anpassungen zu der Radwegführung im nord-östlichen Einmündungsbereich geben (vor dem ehemaligen Modellbaugeschäft). Diese Maßnahmen sind vom Umfang als eher gering einzustufen und werden in den diesjährigen Herbstferien realisiert.

4 c) Probleme mit Fixern

Eine Bürgerin bezieht sich auf ihre Meldung zum Tagesordnungspunkt 4c des letzten Bürgerforums am 23.11.2016. Sie bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Fillep für die schnelle und unbürokratische Hilfe.

Kurz nach dem Bürgerforum habe es Kontakt mit dem Fachbereich Bürger und Ordnung sowie mit der Aids-Hilfe Osnabrück e. V. an der Möserstraße/Schlagvorder Straße gegeben. An den Spritzenautomaten wurden Hinweisschilder angebracht, dass die Spritzen ordnungsgemäß in den Müllbehälter entsorgt und nicht auf die Nachbargrundstücke geworfen werden sollen.

4 d) Bushaltestelle ‚Theater‘ stadtauswärts

Eine Bürgerin berichtet, dass die Anlage dieser Bushaltestelle einen unansehnlichen Eindruck mache. In dem Unterstand würden sich regelmäßig Personen aufhalten, die einen verwahrlosten Eindruck machten.

4 e) Fritz-Wolf-Platz

Eine Bürgerin spricht die Grünfläche am Fritz-Wolf-Platz an. Die Wege seien am Rand unkrautet. Dort würden im Rahmen von Führungen viele Besuchergruppen entlang geführt. Daher sei es wichtig, diesen Platz in einem guten Zustand zu präsentieren.

4 f) Giftige Pflanzen in der Nähe von Kinderspielplätzen

Eine Bürgerin bittet darum, darauf zu achten, dass in der Nähe von Kinderspielplätzen keine giftigen Pflanzen vorhanden sind, wie z. B. der Taxus am Fritz-Wolf-Platz. Heutzutage hätten viele Menschen keine Kenntnisse mehr über giftige Pflanzen oder Pflanzenteile.

Frau Strangmann dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Innenstadt für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

Die nächste Sitzung dieses Bürgerforums findet statt am Mittwoch, 29. November 2017, 19.30 Uhr, Rathaus, Ratssitzungssaal.

gez. Hoffmann
Protokollführerin

Anlage
- Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

Bericht aus der letzten Sitzung		TOP 1
Bürgerforum	Sitzungstermin	
Innenstadt	Mittwoch, 31.05.2017	

Die letzte Sitzung des Bürgerforums Innenstadt fand statt am 23. November 2016. Die Verwaltung teilt zu den Anfragen und Anregungen Folgendes mit:

a) Hasestraße - Missachtung Tempo-30-Gebot (TOP 4f aus der letzten Sitzung)

In der Sitzung war berichtet worden, dass an einigen Stellen zu schnell gefahren wird.

Stellungnahme der Verwaltung:

Grundlage für die Durchführung und Planung von Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen ist der niedersächsische Erlass "Richtlinie für die Überwachung des fließenden Verkehrs durch Straßenverkehrsbehörden". Danach sind Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen dort zu konzentrieren, wo sich häufig Unfälle ereignen (Unfallbrennpunkte) oder die Wahrscheinlichkeit besteht, dass sich Unfälle ereignen werden (Gefahrenpunkte).

Neben diesen inhaltlichen Voraussetzungen müssen jedoch bestimmte technische/räumliche Anforderungen an den Mess-Standort gegeben sein. Das Messfahrzeug bzw. das Messgerät muss parallel zur Fahrbahn ausgerichtet werden und die Messstrecke in Fahrtrichtung des gemessenen Fahrzeuges muss gerade sein. In den angesprochenen Bereichen fehlt es an einer Abstellmöglichkeit für das Messfahrzeug und einer ausreichend geraden Messstrecke.

Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen können daher im Bereich Hasestraße nicht durchgeführt werden.

b) Überquerungshilfe Haseuferweg in Höhe Schlagvorder Straße (TOP 2a aus der letzten Sitzung)

In der Sitzung war angeregt worden, an den beiden Enden des Weges in Höhe Schlagvorder Straße jeweils Bügelsperren anzubringen, um die Passanten und Radfahrer darauf aufmerksam zu machen, dass man an diesen Stellen aufmerksam sein müsse, falls die Straße dort direkt überquert wird und nicht an der Fußgängerampel einige Meter weiter.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zusätzliche Schutzbügel bzw. Sperren würden den Fußweg an der Hase verengen und auch die Radfahrer beeinträchtigen. Daher soll davon abgesehen werden.